№ 68. Mittwoch, den 23. August. 1871.

Erscheint wöchentlich 2 mal in Leipzig.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes an.

Für Leipzig nehmen Bestellungen an:
A. Bebel, Petersstraße 18,
F. Thiele, Emilienstraße 2.

Der Volksstaat

Erscheint wöchentlich 2 mal in Leipzig.

Abonnementspreis: Für Preußen incl. Stempelsteuer 16 Ngr., für die übrigen deutschen Staaten 12 Ngr. per Quartal.

Filialexpedition für die Vereinigten Staaten:
F. A. Sorge, Box 101 Hoboken N. J. via Newyork.

Organ der sozial-demokratischen Arbeiterpartei und der Internationalen Gewerksgenossenschaften.

An unsere Leipziger Abonnenten.

Da es vorgekommen ist, daß Fabrikanten — wie z. B. der Hofpianofortefabrikant Blüthner — Bruder des Herrn Blüthner, welcher bei der Reichstagswahl drei Stimmzettel für den Vizebürgermeister Stephani abgegeben hat — Arbeiter entlassen haben wegen ihres „Volksstaats"-Abonnements, so ersuchen wir alle diejenigen Arbeiter, deren Existenz in dieser Weise gefährdet ist, der Expedition aufzugeben, ihnen den „Volksstaat" fortan in die Wohnung, statt in die Fabrik zu schicken. Es entstehen keine Mehrkosten dadurch.

Politische Uebersicht.

Aus den weiteren Verhandlungen des Versailler Kriegsgerichts heben wir heute Folgendes heraus:

Zum Verhör Assi's:

Pellaud, Generalrath im Nièvre-Departement, als Belastungs-Zeuge vorgeladen, kann gleichwohl nur aussagen, daß Assi sich in den Arbeiterbewegungen des Creuzot mit anerkennenswerther Mäßigung aufgeführt hätte. Von Hrn. Schneider entlassen und brodlos geworden, hätte er gleichwohl von Arbeitseinstellungen abgemahnt und auch später lediglich im Sinne der von dem Grafen von Paris selbst empfohlenen Trade-Unions (Gewerkschaften) gewirkt.

Präs. wiederholt die bei ihm schon stereotyp gewordene Phrase: „Die politischen Ansichten der Angeklagten gehen uns nichts an; wir haben hier nur über die ihnen zur Last gelegten Verbrechen zu erkennen."

Advokat Bigot: Es scheint mir gleichwohl Beachtung zu verdienen, daß ein als Belastungszeuge vorgeladener angesehener Mann hier aus freien Stücken bekundet, wie Assi, der vielgenannte Agitator des Creuzot, sich in diesen Arbeiterfragen vollkommen gesetzlich benommen habe. Es befindet sich ferner bei den Akten ein Bericht vom 5. Juni, wonach ein deutscher Offizier von Assi gesagt hätte: „Herr von Bismarck kennt ihn recht gut, er hat ihm jährlich 25,000 Frs. gegeben, damit er Strikes in den großen Arbeitercentren anstifte." Es ist Zeit, diesem albernen Klatsch ein Ziel zu setzen, und ich verlange daher, daß der Verfasser jenes Berichts als Zeuge vorgeladen werde und den deutschen Offizier namhaft mache, der ihm diese Dinge gesagt hat. Ich werde gleichzeitig auch Hrn. von Bismarck auf telegraphischem Wege von diesem Antrage Mittheilung machen. Der thörichte Ruf: Sie sind ein Prussien! muß endlich einmal aufhören. Hat man nicht vor einem Jahre denselben Ruf vor dem Hause des Hrn. Thiers erschallen lassen?

Präs.: Alles das gehört nicht hierher.

Regierungskommissar: Sie sollten doch wenigstens beim Justizminister anfragen, Herr Bigot, ehe Sie ihn ins Spiel ziehen.

Bigot: Ich möchte wohl wissen, wer hier vom Justizminister spricht; der Herr Regierungskommissar sollte sich nicht jeden Augenblick in meine Funktionen eindrängen.

Regierungskommissar: Ich habe keine Lektionen zu empfangen, am wenigsten von Ihnen!

Fosse, Handlungskommis und zur Zeit selbst in Haft, war Adjutant Assi's unter der Kommune; er bestreitet ebenfalls, die Anfertigung von Petrolbomben geleitet zu haben; im Auftrage Assi's hat er nach der Affaire der Kaserne Lobau die Verhaftung Adamcourt's besorgt, und auch als Assi selbst ergriffen wurde, hat er, obgleich zu Pferde und die Flucht ihm leicht war, sich von seinem Freunde nicht trennen wollen.

Nach Vernehmung einiger anderen Zeugen wurde Ernst Picard, ehemaliger Minister des Innern, vernommen.

Präs.: Sie sollen zu Assi gesagt haben, Sie hätten Einsicht von einem Briefe genommen, aus welchem hervorgehe, daß Assi ein preußischer Agent gewesen sei.

Picard: Auf die Kunde von der Verhaftung Assi's begab ich mich zum Profoßen, um ihn zu vernehmen; namentlich wollte ich von ihm hören, ob es wahr sei, daß die Insurgenten in verschiedenen Theilen von Paris Torpillen gelegt hätten. Ich konnte hierüber von ihm keine befriedigende Auskunft erhalten. Mit dem Brief verhält es sich folgendermaßen: In Paris war ich in den Besitz eines an Assi gerichteten Briefes gelangt, welcher auf Beziehungen zwischen dem Angeklagten und den Preußen schließen ließ. Dieser Brief ist seitdem in Verlust gerathen(!!).

Adv. Bigot: Sollte es nicht zufällig derselbe Brief sein, der sich bei den Akten befindet und gestern zur Sprache kam? Dieses Schriftstück wird Hrn. Picard vorgelegt und von ihm in der That als dasjenige, auf welches er sich beziehe, rekognoszirt (anerkannt).

Der Brief, fügt Picard hinzu, steht in keinem Zusammenhang mit dem 18. März, sondern vielleicht (?) mit einer früheren Verschwörung, welche den Preußen während der Belagerung die Thore von Paris öffnen sollte(?).

Adv. Bigot: Hat Hr. Picard nicht schon früher eine Unterredung mit Assi gehabt?

Picard: Allerdings. Es war kurz vor dem 18. März, als man mir zwei Delegirte eines Bataillons der Nationalgarde anmeldete. Der eine von ihnen war Assi. In dem Gespräch war nur von dem für den Monat April fälligen Solde die Rede. Noch früher habe ich einmal als Rechtsanwalt Assi bei mir empfangen, nachdem er sich schon brieflich um Auskunft über einen Rechtspunkt in Sachen des Creuzot an mich gewendet hatte.

Assi! In der erstgedachten Unterredung war auch von den Kanonen von Montmartre die Rede, und ich machte geltend, **daß dieselben auf Kosten der Bürgerschaft hergestellt worden waren und also auch ihr gehörten.**

Adv. Bigot: Hat Hr. Picard nicht auch dem Beisitzer des Bezirksbürgermeisters von Montmartre, Hrn. Lafont, versprochen, die Regierung wolle keinen Schritt thun, um die Kanonen von Montmartre abzuholen, **ehe sie sich nicht mit dem Centralkomitee verständigt** hätte?

Picard: Ich habe **als Minister** dem Herrn Lafont keine solche Erklärung abgegeben. Die Regierung wollte nur einige Tage warten, ob nicht die Bevölkerung selbst das Unrichtige jenes Falles einsehen werde; die Warnungen, die ich in einer Versammlung der Maires gab, blieben leider ungehört.

Adv. Bigot: Bei den Akten befindet sich eine Aussage Lafont's, welche anders lautet; ich bedauere, daß Hr. Lafont wegen Unwohlseins nicht erscheinen kann.

Herr Picard: Herr Lafont hat keinerlei Auftrag von mir erhalten.

Vertheidiger Laviolette: Ist es Hrn. Picard bekannt, daß die Kanonen am 18. März nicht bewacht waren?

Hr. Picard: Sie waren schlecht bewacht.

Georges Cavalier, bekannt unter dem Namen Pipe-en-Bois, wird vorgeführt.

Assi (zum Zeugen): Haben Sie Befehl erhalten, das Pulver in Sicherheit zu bringen? Es ist das von Wichtigkeit, weil man behauptet, ich hätte Paris in die Luft sprengen wollen.

Cavalier: Ich habe in der That am 20. Mai in der Frühe Assi 25 Omnibuswagen zur Verfügung gestellt, um das Pulver wegzuschaffen, welches von dem Bombardement bedroht war.

Präs. (zu Assi): Erkennen Sie diesen fünfläufigen Revolver, den man bei Ihnen gefunden hat, und von welchem ein Lauf entladen war?

Assi: Mein Revolver war von demselben Kaliber wie der des Prinzen Peter Bonaparte . . .

Präs. Lassen Sie fremde Persönlichkeiten aus dem Spiele.

Adv. Bigot: Der eine Schuß ist wahrscheinlich von dem Gensdarmen abgedrückt worden, welcher Assi entwaffnete, Assi hat auf Niemand geschossen.

Vicomte Arthur Beugnot, Hauptmann vom 132. Linienregiment, der zufällig der Verhandlung beiwohnt, bittet vernommen zu werden. Er ist am 18. März mit zwei seiner Leute verhaftet, nach dem Chateaurouge und dann nach der Rue des Rosiers gebracht worden. Er sah, wie nach der Execution der beiden Generale der Maire Clemenceau herbeikam und verzweifelt ausrief: „Wie? das Verbrechen ist also schon vollbracht?" Später sei er auf Befehl Jaclards in Freiheit gesetzt worden.

Ferré: Nicht Jaclard, sondern ich gab diesen Befehl.

Herr v. Beugnot: Er war auf alle Fälle von Jaclard unterzeichnet.

Präsident (zu Ferré): Was liegt Ihnen an diesem Punkte? Sie würden damit nur beweisen, wie früh Sie öffentliche Gewalten an sich gerissen haben.

Ferré: **Ich will beweisen, daß wir niemals den Soldaten Gewalt anthun wollten, die sich weigerten, sich mit ihren Brüdern zu schlagen.**

Adv. Boyer (zum Zeugen): War es das Centralkomitee oder irgend eine Art von Kriegsgericht, welches die Generale Lecomte und Clement Thomas verurtheilte?

Zeuge: Es hieß nur immer, daß wir vor das Centralkomitee gebracht werden sollten, und General Lecomte verlangte dies sogar ausdrücklich.

Angeklagter Billioray: Es muß festgestellt werden, daß es auf dem Montmartre auch eine ganze Menge von Comitees de vigilance (Wachsamkeits-Komitee's) gab. Wir vom Central.omitee tagten nicht in der Rue des Rosiers, sondern in der Rue Basfroi.

Zeuge kann nicht aussagen, wer die beiden Generale füsillirt hat, er bekundet aber, daß die Generale des Morgens gegen 9 Uhr ergriffen wurden waren und erst Nachmittags um 5 Uhr erschossen wurden.

Regierungskommissar: Es ist unmöglich(!!), daß man in der Zwischenzeit nicht die Zustimmung des Centralkommitees eingeholt hätte.

Es wird zum Verhör des Angeklagten Billioray geschritten, eines jungen Mannes von einnehmendem Aeußern, der mit Gewandtheit antwortet. Er giebt zu, dem Centralkomitee angehört zu haben, **bestreitet aber, daß dieses irgendwelchen Antheil an der Ermordung der beiden Generale auf dem Montmartre gehabt hätte.** Er war Mitglied des Wohlfahrtsausschusses. Er sei gegen die Zerstörung der Vendômesäule und des Hotel des Herrn Thiers gewesen, habe auch das Decret über die Geißeln bekämpft, **welches in der Absicht der meisten Mitglieder der Kommune ein todter Buchstabe bleiben sollte. Die Personen, welche später in den Gefängnissen ermordet wurden, hätten auch nicht eigentlich der Liste von Geißeln angehört, welche nach dem 18. Mai entworfen worden war.** Der Wohlfahrtsausschuß sei in seiner Wirksamkeit stets von der Kommune selbst beeinflußt worden; oft habe es gar keine wirkliche Autorität gegeben.

Präs.: Im „Offiziel" befindet sich eine an Sie erlassene Ordre, Privatgebäude in Brand zu stecken.

Billioray: Diese Ordre ist allem Anscheine nach dem Bürger **Delescluze unterschoben,** von dem ich übrigens keine Befehle zu empfangen hatte. Ich wiederhole, als Mitglied des Centralkomitees habe ich am 18. März nur einige **Freilassungen** angeordnet, darunter die eines Offiziers, der vielleicht, wenn er diese Verhandlungen liest, sein Zeugniß noch beibringen wird. Die Leitung der Bewegung hatte eines unserer Mitglieder schon am Morgen (mit einem Blick auf Assi) in die Hand genommen. Ich selbst war gegen die Verweigerung der Kanonen. Ich will die Verantwortung für das Weitere nicht ablehnen, aber konstatiren, daß ich an dem Beginn der Bewegung keinen Theil hatte. Das Centralkomitee wollte, wie ich, nur Gemeindewahlen herbeiführten, aber keinen Bruch mit der Regierung. **Als Mitglied der Kommune und des Wohlfahrtsausschusses theile ich die Gesammtverantwortung für ihre Akte, muß aber jede Mitschuld an den Ermordungen und Brandstiftungen von mir weisen.**

Limousin, ein Redakteur des „Siècle", bekundet, daß Billioray durch ihn ernstliche Vermittlungsanträge in Versailles habe stellen lassen und das Scheitern derselben tief bedauert habe. Die Bedingungen waren: Selbstständige Verwaltung von Paris durch einen Gemeinderath; die Armee solle die Forts besetzen, aber nicht in die Stadt einrücken; die Nationalgarde sollte ihre Waffen in die städtischen Arsenale niederlegen; Amnestie und Abschaffung der das Vereinsrecht beschränkenden Artikel 91 und 92 des Strafgesetzbuches.

Präs.: Es gehörte eine große Naivetät dazu, zu glauben, daß die Regierung solche Bedingungen annehmen könnte.(!!)

Lamy und Benedeck bekunden ähnliche Vermittlungsversuche Seitens des Angeklagten; der Letztere ist der Vater der Geliebten Billioray's und hielt diesen seit dem 21. Mai bei sich verborgen.

Der Präsident schreitet zu dem Verhör des Angeklagten Jourde, des jugendlichen Finanzministers der Kommune.

Bis zum 18. März will er nur einer Viertelskommission angehört und sich übrigens mit Politik nicht beschäftigt haben. Der 18. März, fährt er fort, traf uns wie ein Donnerschlag. Ich eilte auf das Stadthaus, war Zeuge der allgemeinen Aufregung und Verwirrung und sagte mir, daß man der Nationalgarde ihr tägliches Brod nicht versagen dürfe. Ich nahm das Mandat für die Kommune an und von ihr die Delegation für die Finanzen, **die ich ärmer verlassen habe, als ich in sie eingetreten war.** Ich habe niemals an Privatinteressen gerührt, nie an eine Kreditgesellschaft oder Bank, mit Ausnahme der Bank von Frankreich. Der letzteren entnahm ich und zwar aus den Händen ihres Gouverneurs Rouland zuerst 1 Million. Es wäre mir ein Leichtes gewesen, die schwach vertheidigte Bank gänzlich zu leeren; aber ich machte es mir zum Gesetze, stets nur nach den Bedürfnissen des Augenblicks zu handeln und das Land und die Hauptstadt vor gänzlichem Ruin zu retten.

Präs.: Was geschah mit den Silbersachen der Kirchen?

Jourde: **Alles wurde nach der Münze gebracht und aus den silbernen Vasen wurden allein 80,000 Frcs. geprägt.**

Präs.: Sie haben auch aus der Bank 1,200,000 Frcs. in Baarem abholen lassen?

Jourde: Allerdings, im Einvernehmen mit Hrn. Beslay. Dieselben wurden aber bis auf 180,000 Frcs., die in den letzten Ereignissen verschwanden, der Bank in Fünffrankstücken zurückerstattet. Der Angeklagte giebt nun noch einmal in runden Ziffern seine Bilanz, berichtigt mit großer Klarheit und Seelenruhe einige Irrthümer, die ihm in der Verwirrung des ersten Verhörs untergelaufen waren, und erzählt u. A., daß er in der ersten Periode, vom 18. März bis zum 20. April, täglich 250,000 und dann vom 20. April bis 25. Mai täglich 1¼ Millionen*) ausgegeben haben. Die Nationalgarde kostete allein 300 bis 350,000 Frcs. täglich. Er habe sich der größten Sparsamkeit befleißigt und manchen verführerischen Antrag, so z. B. 50 Millionen, die ihm ein Deutscher (den er nicht nennen dürfe) für die Gemälde des Louvre geboten hätte, abgelehnt. Im Finanzministerium habe er nur ein kleines, bescheidenes Zimmer für sich in Anspruch genommen. Den Brand dieses Gebäudes will er damit erklären, daß am 22. Mai um 4 Uhr Morgens eine **von Trocadero kommende (Versailler) Bombe in dasselbe einschlug.**

Präs.: Eine Bombe kann ein solches Bauwerk nicht in Brand stecken.

Jourde: Unter dem Dach befanden sich **Archive mit Papieren, die das Feuer leicht verbreiten konnten.** Die Einwohner des Viertels können bezeugen, daß **ich mit allem Eifer die Löschmannschaften in Thätigkeit setzte.** Auch war Nachmittags um 4 Uhr jede Gefahr geschwunden und ich glaube, es muß später ein zweiter Brand ausgebrochen sein, über den ich keine weitere Auskunft geben kann. Ich trug die wichtigsten meiner Papiere nach dem Stadthause, wo sie später ohne Zweifel mit verbrannt sind. (Fortsetz. folgt.)

Man schreibt uns: „Zur Frage: wie kamen die Versailler nach Paris? bin ich in der Lage, Ihnen Folgendes mittheilen zu können. In den Forts Noisy und Rosny lagen vom 94. Infanterie-Regiment 2 Bataillone und zwar in den Forts selbst von jedem Bataillon nur 2 Compagnien, während die beiden andern Compagnien jedes Bataillons in den betreffenden Dörfern Rosny und Noisy Quartiere hatten. Da wurden am Abend des 20. Mai die in den Dörfern liegenden 2 Compagnien in die Forts gezogen, so daß die Versailler, ohne auf deutsche Truppen zu stoßen von der Nord- und Westseite in Paris eindringen konnten. Am Morgen des 21. Mai wurden die Vorposten der Truppen in den Forts bis auf 200—300 Schritt vor die Enceinte von Paris vorgeschoben mit dem Befehl, alle Unbewaffneten nach Paris zurückzuweisen, Bewaffnete aber gefangen zu nehmen (natürlich, um sie an die Versailler auszuliefern).

„Wenn es zwar keines Beweises mehr bedarf, daß die deutschen Truppen Schergendienste für die Versailler Mordbrenner haben leisten müssen, so ist es doch gut, wenn unwiderlegliche Thatsachen wie die vorliegende zur allgemeinen Kenntniß kommen.

„Machen Sie Gebrauch von vorstehender Mittheilung, ohne den Ort zu nennen, woher sie kömmt, da ich meinen Gewährsmann, der **vollständig zuverlässig** ist, schonen muß."

So weit unser Korrespondent. Auch von anderer Seite sind uns Mittheilungen ganz ähnlichen Inhalts zugegangen, so daß wir jetzt vollkommen in der Lage sind, selbst vor deutschen Gerichten den Beweis der Wahrheit anzutreten. Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel mehr: um das Blutgeld von 500 Millionen zu verdienen, und die „für die preußische Städteordnung kämpfende Kommune" zu vernichten, hat Fürst Bismarck militärische Maßregeln treffen lassen, durch welche die, auf die deutsche Neutralität bauenden Pariser überrumpelt, und an das Messer der internationalen Gesellschaftsrettungs-Banditen geliefert wurden. Aller Wahrscheinlichkeit nach waren sogar die Bomben, durch welche ein paar Hundert Häuser in Paris zerstört oder beschädigt wurden, zum Theil deutscher resp. preußischer Herkunft. Von preußischen Militärs wird uns nämlich auf das positivste versichert, es seien den Versaillern Anfang Mai für die bevorstehende Haupt- und Staatsaktion mehrere preußische Batterien verkauft, geschenkt oder geliehen worden. Der heldenmüthige Spion Ducatel ist von dem Erzlügner Thiers nur erfunden worden, um diese, für das internationale Gesellschaftsretterthum so wenig ehrenvollen Thatsachen mit einem romantischen Nebel zu umhüllen.

In Berlin wird vom 1. Oktober eine billige Tageszeitung erscheinen unter der Redaktion des Herrn Lübeck, welcher jetzt den „Deutschen Demokrat" in Kaiserslautern redigirt, und des Herrn Vogt, früheren „Mitredakteurs" der „Zukunft". Bei der bewährten Tüchtigkeit der beiden, uns politisch nahestehenden Männer — dürfen wir erwarten, daß das neuzugründende Blatt seine Bestimmung erfülle, und gesunde politische und sozialistische Grundsätze unter der Masse der Berliner Bevölkerung verbreiten wird. Leicht freilich ist das nicht auf einem Terrain, wo Menschen von dem Charakter und der Vergangenheit eines Held im Stande sind, tonangebende Rollen zu spielen.

Wie wir aus London erfahren, sind Wroblewski, Longuet und Bastelica glücklich dort angekommen.

---

*) Ein Druckfehler in verschiedenen Blättern läßt die Summen auf 25 und 19 Millionen täglich aufschwellen!

Fortsetzung auf Seite 4.

Zur Erinnerung für die deutschen Mordspatrioten.

1806—1807.

(Fortsetzung.)

Kapitulation Nr. 14. — Hameln.

Kurz vor Ausbruch des Krieges, beim Abmarsche Blüchers aus Westphalen, verblieben die dort zurückgelassenen Truppen unter dem Befehl des Generallieutenants Brüsewitz, der „auf sein Ansuchen den Abschied erhielt". Mit seinem Kommando wurde der Generalmajor Lecoq betraut. „Dieser General stand noch im kräftigsten Mannesalter, genoß das besondere Vertrauen des Königs, und hatte einigen Ruf in der Armee erworben." Unter seiner Leitung war Westphalen „aufgenommen" und die Karte dieses Landes ausgearbeitet worden, weßwegen man besondere Terrainkenntniß bei ihm voraussetzte. Ein General Hagken, bisher unter Brüsewitz's Befehlen, wollte sich „als älterer General" dem Lecoq nicht nur nicht unterordnen, sondern verweigerte ihm sogar jede Unterredung. So stand es um die Subordination!

Als die Nachrichten vom unglücklichen Ausgange der Schlachten an der Saale eintrafen, zogen sich Lecoq und Hagken auf Hameln zurück. Jener bezog Kantonirungen in der Nähe der Festung.

Kommandant von Hameln war der Generalmajor und Ingenieur-Brigadier Schöler, „ein 75-jähriger Greis, körperlich und geistig völlig abgestumpft, daher auch schwer von Entschluß und äußerst ängstlich". Platzmajor war der Hauptmann Markoff, Artillerieoffizier vom Platz der Major Grossin; ihm beigegeben der Major Schulz. Kommandant des Fort George war der Oberst Kaprivi.

Die Besatzung bestand schließlich aus 5000 Mann, an Lebensmitteln war für 72 Tage genug vorhanden.

Am 10. November wurde bereits ein Parlamentär und Gefolge, alle mit unverbundenen Augen, in die Festung eingelassen. Es war der Divisionsgeneral Loison, der ein Schreiben des Königs von Holland an den General Lecoq überbrachte, worin dieser zur Uebergabe gegen freien Abzug aufgefordert wurde. Im Weigerungsfalle sollte die Stadt in 24 Stunden eingeäschert werden. Der preußische General wollte für sein außerhalb der Festung gelagertes Korps auf den Vorschlag eingehen, jedoch machte er die Bedingung, der Kommandant von Hameln sollte sich ihm anschließen. Dieser berief „alle Generale und Kommandeure, mit Ausnahme des Obersten Kaprivi," um ihre Ansicht zu hören. Sie waren zur Kapitulation geneigt. In den Unterhandlungen, die nun zwischen den beiden Hauptquartieren eingeleitet wurden, suchten die Franzosen ihre Gegner durch Fälschungen von Dokumenten zu überlisten, so daß sie sich zerschlugen. Als das Gerücht von einer abgeschlossenen Kapitulation zu den Offizieren der Garnison gelangte, mißbilligten sie laut das ganze Verfahren, und machten durch den Major Beaufort vom Regiment Hagken Gegenvorstellungen. Der Oberst Kaprivi zog seine Truppen aus der Stadt ins Fort George und widersetzte sich, da er von keiner Uebergabe hören wollte, den Anordnungen des Kommandanten. Feindliche Offiziere gingen indessen ungestört bei diesem aus und ein. Am 12. wiederholte der König von Holland unter Drohungen seine Forderung, indem er den Fall Magdeburgs und die Blücher'sche Kapitulation von Rattkau mittheilte. Am 13. November versprach der Kommandant dem Obersten Kaprivi, sich vor dem 20. Dezember, bis wohin die Lebensmittel reichlich genügten, in keine Unterhandlung einzulassen. Wegen des sehr schlechten Wetters wurden die 4000 Mann Lecoq's in der Stadt einquartirt und die Lagermagazine geräumt. Man erhielt auch vom General Michaud Anzeige, daß er den Oberbefehl an Stelle des Königs von Holland übernommen, und Hohenlohe bei Prenzlau, wie auch die Festungen Stettin und Küstrin kapitulirt hätten. Streifereien und Rekognoscirungen der Besatzung brachten Nachrichten ein, die mit Bestimmtheit annehmen ließen, daß das vom General du Monceau, der den Michaud abgelöst hatte, befehligte Belagerungskorps nicht über 6000 Mann zählte. Eine Deputation des feigen hannöverschen Landeskollegiums „wurde auf Anrathen des Generals Lecoq vom Kommandanten nicht angenommen, so daß sie ihr Gesuch um Schonung der Stadt durch Uebergabe an den Feind schriftlich einreichen mußte".

Am 18. November erschien als Parlamentär der holländische Oberst Stedtmann, „der geläufig deutsch sprach", drückte den Zorn Napoleons über die Zögerung der Generale aus, und forderte unter Drohungen die sofortige Kapitulation. Lecoq schrieb nun an du Monceau, wenn bis zum 20. Dezember kein Ersatz einträfe, sollte die Festung übergeben werden; „ein Parlamentiren auf einer anderen Grundlage werde verbeten". Am 19. meldete der französische General Savary dem Kommandanten, daß er zum Befehlshaber des Belagerungskorps ernannt sei, und obgleich er auf die von Schöler und Lecoq gestellten Bedingungen nicht eingehen wollte, wurde dennoch eine Zusammenkunft für den nächsten Tag, den 20., festgesetzt. Von den höheren preußischen Offizieren war es nur der Oberst Kaprivi, der taub gegen entmuthigende Einflüsterungen blieb. Es ritten zum Rendezvous mit Savary die Generale Schöler, Hagken und Lecoq und der Oberst Heyn; sehr bald schickt man nach dem Oberst Kaprivi. Außer der gewöhnlichen, unter den Verhältnissen natürlichen, auf die Lage der Feinde angewandten Schwarzmalerei, log Savary, als kaiserlicher militärischer Erzfieber, auch die Preußen noch an, indem er behauptete, „daß Glogau und Breslau bereits kapitulirt hätten". Als Kaprivi eintraf, war die Uebergabe bereits eine abgemachte Sache; „er antwortete nur durch Thränen."

Die preußischen Generale ritten zur Festung zurück, in der sich das Gerücht von der Kapitulation schnell verbreitete und einen Aufruhr der Offiziere zur Folge hatte. Schon bevor sich sämmtliche Stabsoffiziere auf den Befehl des Kommandanten bei ihm versammelt hatten, war der General Wedell, während der Abwesenheit Schölers das Oberkommando führend, vom Major Eller, Oberst Renzel und Oberst Oertel aufgefordert worden, sich der Kapitulation zu widersetzen. Er antwortete: „Kennen Sie nicht die preußische Subordination? Das ist Sache des Kommandanten und des Generals Lecoq, die haben Alles zu verantworten."

„Als die Stabsoffiziere beim Kommandanten Schöler beisammen waren, theilte er ihnen die abgeschlossene Kapitulation mit, und der General Lecoq beeilte sich, die unglückliche Lage des preußischen Staats, die zu diesem Schritt vermocht habe, im grellsten Lichte darzustellen. Fast alle Stabsoffiziere sprachen gegen die Kapitulation, besonders die Obersten Oertel und Bärenstein vom Regiment Lettow, so daß die heftigsten Szenen herbeigeführt wurden. Bei den Bemühungen, die Gemüther zu beruhigen, entschlüpften dem Kommandanten die bedenklichsten Worte über die Existenz des preußischen Staats, und der General Lecoq fragte den Obersten Oertel, ob er hinausgehen wolle, eine bessere Kapitulation abzuschließen. Dem General Wedell, der auf den Punkt der Subordination zurückkam und die Stabsoffiziere sogar für betrunken erklärte, erwiderte der Oberst Bärenstein, daß er nicht glauben solle, sein Regiment, das bei Jena fortgelaufen, sei in der Festung, worauf der Kommandant dem Obersten Arrest ertheilte, dieser ihm aber den Degen vor die Füße warf.

„Mittlerweile waren auch viele jüngere Offiziere in das Zimmer gedrungen, und verlangten tumultuarisch die Zurücknahme der Kapitulation. Der Ingenieurlieutenant Rhade zog den Degen und schwur, sich bis auf den letzten Blutstropfen zu vertheidigen, wenn die Kapitulation zurückgenommen würde. Seinem Beispiele folgten fast alle Offiziere, ältere und jüngere.

„Während dies im Innern der Kommandantur vorging, hatte sich auch eine Menge Soldaten vor dem Hause versammelt, die laut murrten und schimpften. Der alte Kommandant wurde besorgt und wünschte die Kapitulation abändern zu lassen; doch der General Lecoq erklärte: der Offizier wage sein Leben, der das Schreiben dem General Savary überbringen würde, da derselbe erklärt habe, er werde den zehnten Offizier erschießen lassen, wenn die Kapitulation nicht gehalten würde. Als sich nun sogleich mehrere Offiziere erboten, den Brief zu überbringen, sagte der General Lecoq, daß er bereit sei, dem Feinde ihren Willen und ihre Kräfte zu zeigen." Dies that er, indem er dem Savary einen Lügenbrief schrieb, worin er verlangte, man sollte den Offizieren ihren Lebensunterhalt für immer oder doch für einige Zeit sichern, und die Soldaten in ihre Heimath zurückkehren lassen. „Von solchen Bedingungen hatte indessen Niemand gesprochen, sondern man wollte allgemein freien Abzug oder weitere Vertheidigung."

„Der Lieutenant Hugo vom Regiment Lettow brachte den Brief hinaus. Er wurde sogleich arretirt, und der General Savary drohte, ihn am Fuße des Glacis erschießen zu lassen." Dieser Savary war nämlich einer von den Erschießern sans phrase; er hatte dem über den Herzog von Enghien abgehaltenen Kriegsrath präsidirt.

In den Straßen wuchs der Soldatentumult, die Leute „berauschten sich, zerstreuten oder verkauften die Lebensmittel, schossen die Gewehre in den Straßen ab, besonders gegen das Haus des Kommandanten." Sehr bald waren sie fort, Alle zur Stadt hinaus in die nahe, westphälische Heimath gelaufen und gaben sich später „für Deserteure aus, um der Kriegsgefangenschaft zu entgehen, während in der That höchstens 20 Mann in der Zeit der Berennung desertirt waren. Mehrere Bürger und Soldaten waren durch das Gewehrfeuer verwundet und getödtet worden."

Am 21. antwortete Savary auf das Lecoq'sche Schreiben mit einem Drohbriefe, und da die Soldaten entlaufen waren, konnte an eine Vertheidigung gar nicht mehr gedacht werden. Die Franzosen nahmen Besitz von der Festung.

„So fiel Hameln, im vollkommenen Vertheidigungszustande mit einer Garnison von fast 10,000 Mann, mit Vorräthen auf längere Zeit — ohne die großen Vorräthe der Bürger — in die Hände eines nur 6000 Mann starken Feindes, der an Geschütz außer 6-pfündigen Kanonen nichts als 3 alte 30-pfündige Hängemortiere besaß, die er erst aus Rinteln herbeigeholt hatte".

Der Generalmajor von Höpfner erwähnt nicht, was doch besonders hervorgehoben werden sollte, daß die Kapitulation abgeschlossen wurde, ohne daß vorschriftsmäßig ein Kriegsrath berufen worden wäre. Einen Vergleich mit Leuten wie Schöler, Lecoq, Hagken und Wedell halten selbst der dumme Bombardier Leboeuf, der Jugendlehrer Frossard und der Papalino de Failly aus, von Coffinières, Changarnier, Bazaine und Bourbaki gar nicht zu reden. (Fortsetzung folgt.)

K. K. Justiz.

Leipzig, den 16. Aug.

Die „Kölner Zeitung" bringt „aus Süddeutschland" eine Korrespondenz über die Verstärkung des Bundesoberhandelsgerichts durch vier neue Mitglieder in den Personen der Herren Dr. Puchelt, Wernz, Dr. Marquard Barth und Prof. Dr. Römer, der auch im hiesigen „Tageblatt" Aufnahme gefunden hat und der uns daher auch zu einigen Bemerkungen veranlaßt.

Sie bemerkt über die beiden letztgenannten Räthe Folgendes:

„Die beiden anderen neuen Räthe, Dr. Marquard Barth und Prof. Dr. Römer von Tübingen, stehen dem französischen Rechte fern; aber sie bringen in so fern neue Elemente in das Kollegium, als in dem einen Falle ein gewiegter Praktiker, in dem anderen ein anerkannter Theoretiker des gemeinen Rechts die geistige Kraft unseres künftigen Reichsgerichts verstärkt. Daß beide, der Eine längere, der Andere kürzere Zeit, im politischen Leben thätig gewesen sind, vermindert ihre Tüchtigkeit für das Richteramt gewiß nicht. Das Rechtsleben ist ja nur ein Abbild und juristischer Niederschlag der gesammten vielgestaltigen Gesellschaftsbeziehungen, und eben der entschiedenste Parteimann im politischen Leben pflegt sich auf der Richterbank gerade um des Gegensatzes willen durch die ausgesuchteste Parteilosigkeit auszuzeichnen. In England und Nordamerika, wo fast regelmäßig die politische und parlamentarische Thätigkeit das Durchgangsstadium für die höheren Richterstellen ist, hat sich diese Erfahrung wieder und wieder bestätigt.*) Wir glauben, daß Süddeutschland nach seiner juristischen Seite durch diese Ernennungen im höchsten Gerichtshofe der Nation wohl vertreten ist und das Zusammenarbeiten von Süddeutschen und Norddeutschen innerhalb dieser Reichsbehörde ein weiteres Bindemittel zwischen den deutschen Stämmen sein wird."

*) Der Vergleich ist durchaus unpassend, da in England und Amerika die Parteien wechselsweise zur Regierung gelangen, und so der offenbare Nachtheil der Berufung von Parteimännern ausgeglichen wird. A. d. Verf.

Es ist gewiß deutlich genug daraus zu lesen, was mit diesen Redensarten gesagt sein soll: Die Herren Barth und Römer verdanken ihre Ernennung nicht den Fachkenntnissen, welche für das Bundesoberhandelsgericht erfordert werden und befähigen sollen, sondern ihrer Thätigkeit als nationalliberale Agitatoren in Süddeutschland, als Pioniere der preußischen Herrschaft unter den „süddeutschen Brüdern". Daß der Herr Dr. Marquard Barth eine hervorragende juristische Capacität sei, dafür dürfte sich kaum eine Stimme erheben. Was aber den Hrn. Prof. Dr. Römer betrifft, so hat derselbe im Laufe der letzten Reichstagssession, wie die letzten Reichstagsberichte an die Hand geben und uns außerdem privatim mitgetheilt wurde, vollständig Fiasko gemacht.

Man wird sich entsinnen, wie seine in Frageform gekleideten Bemerkungen zur Diätenfrage, Abgeordnete aller Parteien, auch der nationalliberalen, dazu verleiteten, auf eine Frage bald mit „Ja!" bald mit „Nein!" zu antworten, so daß der gemüthliche Herr Simson dem Redner nicht anders zu Hülfe kommen konnte, als dadurch, daß er zur großen Heiterkeit des Reichstags das Frage- und Antwortspiel mit der Bemerkung unterbrach, man möge dies Ja! und Nein! bis zur namentlichen Abstimmung lassen.

Ein anders Mal sprach Herr Dr. Römer von der großen Staatsweisheit der alten Römer, und rief durch den großen Krontrast mit der Staatsweisheit des jungen Römer eine große Heiterkeit hervor. Ein drittes Mal bedankte sich der loyale Mann für die große Humanität, mit welcher der Bundesrath die Reichstagsmitglieder in der unmittelbaren Nähe seines Tisches dulde; ein viertes Mal perorirte er in einer Weise, daß in seiner Nähe ein Abgeordneter, den Niemand für einen Demokraten oder Störenfried halten wird, der sächsische Abgeordnete Ackermann, äußerte: „den Mann muß man unmöglich machen"! — — —

Und einen solchen Mann macht man zum Mitglied des obersten Handelsgerichtshofes, der durch Unabhängigkeit und Fähigkeit allen andern überlegen sein soll!

Man muß sagen, dem — Handelsstande, der fast überall in seiner großen Mehrheit durch preußische Sympathien geglänzt hat, wird diese Sympathie in eigenthümlicher Weise vergolten, wenn solche Männer zur Pflege und Ausbildung des Handelsrechts berufen werden!

Diese Ernennungen stehen übrigens nicht vereinzelt da. Man wird sich entsinnen, daß zu den Secretärstellen ein preußischer und ein sächsischer Beamter berufen wurden. Die erste Stelle, welche unseres Wissens 1800 Thlr. jährlichen Gehalt gewährt, d. h. soviel als in Sachsen ein Appellationsgerichtsrath erhält, wurde einem preußischen Beamten zugetheilt, der unseres Wissens nicht einmal studirt hat, die zweite aber, die unseres Wissens 1500 Thlr. Gehalt gewährt, Hrn. v. Tümpling, früher in Reichenbach, dann am Leipziger Handelsgericht Referendar.

So wenig wir an den Verdiensten des preußischen Generals v. Tümpling auszusetzen haben, von Herrn Referendar v. Tümpling ist uns nicht bekannt, daß er sich in Reichenbach durch ein Uebermaß von juristischen Kenntnissen, Fleiß und durch einen alle Anderen überstrahlenden Lebenswandel ausgezeichnet hätte. Ob er sich später in dieser Beziehung vervollkommnet und in Leipzig dem Ideale des alten deutschen Rechts genähert, welches, um das Erforderniß der Unabhängigkeit zu charakterisiren, sagt: der Richter solle sein, wie ein brüllender Löwe, das lassen wir dahin gestellt. Wir meinen aber, es habe in Sachsen Hunderte, außerhalb Sachsens Tausende von fähigen Leuten gegeben, die solchenfalls hätten in Vorschlag gebracht werden können.

Wohin eine solche Vergebung der wichtigsten Stellen der Justiz führt, das haben wir an dem kaiserlich-französischen Regiment gesehen.

Wir möchten wünschen, daß wir und mit uns Viele der noch jetzt Lebenden nicht in den Fall kommen möchten, gleiche Folgen in Deutschland zu erleben.**)

Die gestieberte Amnestie scheint gewissen Leuten, die wir über derlei Anwandlungen erhaben dachten, doch etwelche Kopfschmerzen zu verursachen. Wir schließen dies aus nachstehender Expektoration, deren sich ein beliebiger Berliner Preßturko soeben in dem Bismarck'schen Leiborgan (der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung") unter der Etiquette Paris endledigt hat:

„Sie werden mir noch eine kleine Excursion auf das Gebiet des Völkerrechts vergönnen, um zu beweisen, wie wenig die heutigen Franzosen davon verstehen oder wie sie die Bestimmungen desselben absichtlich zu verdrehen suchen. Bekanntlich haben die Sozialdemokraten Bebel, Liebknecht und Consorten gegen Ende vorigen Jahres es gewagt, nicht etwa nur die preußische Politik zu tadeln, sondern während des Krieges den Versuch gemacht, das Nationalgefühl zu verhöhnen, den Truppen vorzulügen (?)***), daß man sie in einem ungerechten Kriege hinschlachten wolle, den Haß und das Mißtrauen des Volkes gegen den König und die Regierung zu erregen, offen ihre Sympathien mit dem Landesfeinde auszusprechen und dafür von diesem eine Beglückwünschungsadresse nicht nur zu empfangen, sondern anzunehmen, und sich dieser vom Feinde für ein solches Verfahren erhaltenen Belohnung noch zu rühmen, kurz, den deutschen Namen, so viel an ihnen war, mit Schmach zu bedecken. Für diese Handlungen, welche zusammen das Verbrechen des Hochverraths (?)†) darstellen, werden die Betreffenden nächstens vor den Assisen zu erscheinen haben. Daß kein ehrenhaftes deutsches Journal die Partei von Hochverräthern ergreifen wird, ist vorauszusehen; aber ebenso begreiflich ist es, daß die französischen Blätter die Vertheidigung jener Renegaten und Friedensfreunde übernehmen, wie seinerzeit ein französischer Beamter ihnen offiziell oder offiziös den Dank Frankreichs für ihren Vaterlandsverrath ausgesprochen hat. Die „Verité" vom 6. d. M. widmet denn auch diesen interessanten Opfern, welche „inmitten einer servilen, wahnsinnigen Versammlung (so wird der Deutsche Reichstag genannt)††) sich

**) Der Wunsch ist natürlich ein „frommer Wunsch". — Das Deutsche Empire muß auch auf diesem Gebiete in die Fußstapfen des französischen Kaiserreichs treten. Gleiche Ursachen, gleiche Wirkungen. Red. d. „Volksst."

***) Fragezeichen des „Volksstaat".

†) Fragezeichen der „Deutschen Allgemeinen Zeitung", aus der wir den Stieber'schen Erguß abgedruckt haben, und die gerade einem Anfall von Geistesabwesenheit unterworfen gewesen sein muß. Quandocunque bonus dormitat Homerus — auch der geübteste Denunziant hat seine schwachen Minuten.

††) Stoßseufzer der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" über diese unwissenden Franzosen, die nicht einmal wissen, was in Deutschland jedes Kind weiß: daß der Berliner „Reichstag" aus lauter Brutussen besteht, die für die Freiheit glühen, stets ihre 5 Sinne zusammen haben, und ganz und gar unfähig sind, gleich den „verkommenen" französischen Parlamentsmamelucken, durch geballte Fäuste und Gassenbubenrufe (z. E. Haut ihn! Raus!!) ihre Meinungsverschiedenheit zu bekunden.

muthig erhoben, um die Eroberungspolitik und gewaltsame (!)*) Annexion von Elsaß und Lothringen und die kaiserliche Diktatur zu brandmarken", einen besondern pathetischen Artikel, an dessen Schlusse es wie folgt heißt: „Bisher ist es stets gebräuchlich gewesen, am Schlusse eines Krieges für alle die Verurtheilungen von Handlungen, die mit den Feindseligkeiten in Beziehungen standen, eine Amnestie zu ertheilen und den obschwebenden Prozessen keine Folge zu geben. Indem die Berliner Regierung trotzdem die Leipziger Republikaner verfolgt, zeigt sie den übrigens in ihrem Charakter liegenden Mangel an Edelmuth." Abgesehen von dem olbernen (?)**) Ausfalle gegen die preußische Regierung zeigt der anonyme (!) ***) Artikelschreiber, daß er allerdings die Glocken hat läuten hören, aber nicht weiß, wo sie hängen. Wenn man auch die Ansicht, welche Coccejus in seiner Dissertation „De postliminio in pace et amnestia" ausspricht, nämlich, daß jede Amnestie ausdrücklich im Friedenstractate ausgemacht werden müsse, nicht theilt, so muß doch der Ausspruch Battel's (Buch 4, Kap. 2) und anderer Völkerrechtslehrer gelten: daß „nur das, was den Krieg veranlaßt hat oder Zweck desselben war, von der Amnestie profitiren dürfe". Da nun aber die Herren Bebel, Liebknecht und Consorten den Krieg nicht verursacht haben, auch ihre sozialen Doktrinen nicht Gegenstand oder Zweck des Krieges waren, sondern da sie die bereits bei ausgebrochenem Kriege über denselben in der Kammer entstandenen Debatten†) benutzten, um eine Handlung des Hoch- und Landesverraths††) durch Wort und Schrift zu begehen, so sind sie eo ipso und selbstverständlich von der mit dem Friedensschlusse verbundenen Amnestie ausgeschlossen, und die ipsefecit-Theorie des französischen advocati diaboli ist unrichtig und hinfällig."

Unser Berliner Preßturko hat offenbar noch zu lernen, daß es übelriechende Dinge giebt, die man nicht berühren kann, ohne sie noch übelriechender zu machen. Doch freilich — er folgt ja nur höherer Ordre und darf nicht erst fragen, ob sich's um reinliche Arbeit handelt. Was nun die Bemerkungen der „Bérité" anbelangt, so mußte unser Preßturko sie natürlich mißverstehn — dafür ist er bezahlt —, aber er hätte sie doch etwas verständiger mißverstehen sollen. Gerade so wenig, wie den neun Zehnteln der deutschen Zeitungen und des deutschen Publikums, die nach dem Krieg mit Frankreich eine Amnestie erwarteten, ist es der „Bérité" eingefallen, an eine völkerrechtliche Friedens-Amnestie zu denken. Das woran man in Deutschland dachte, (und was auch die „Bérité" im Auge hatte) war eine gewöhnliche politische Amnestie — eine Amnestie, wie sie Regierungen bisher nach einem glücklichen Kriege zu ertheilen pflegten (z. E. Bonaparte nach dem Krimkrieg und nach dem Italienerkrieg), um der Welt zu zeigen, daß sie sich von ihrem Volk nicht mehr fürchten. Wenn die „Bérité", von „Handlungen" „spricht", „die mit den Feindseligkeiten in Verbindung standen", so thut sie dies offenbar nur, weil für solche „Handlungen" die — Anständigkeit einer Amnestie am handgreiflichsten zu Tage tritt; und daß der Leipziger Hochverrathsprozeß mit den „Feindseligkeiten" nicht nur in „Verbindung stand", sondern sogar eine direkte Folge derselben war, plaudert ja der Herr Preßturko selbst mit rührender Naivetät aus. Summa summarum: der Herr Preßturko hätte sich seine Citate aus Coccejus und Battel ersparen können, mit denen er elendiglich neben die Scheibe schießt.

Und nicht blos das deutsche Publikum und die „Bérité" haben an eine gewöhnliche politische Amnestie gedacht. Oder war es etwa eine Amnestie nach Coccejus und Battel, welche die preußische Regierung beabsichtigte, als sie im vorigen März das Amnestie-Dekret ausarbeiten ließ, welches nachträglich zurückgenommen ward?

Und die Amnestie, welche Kaiser-König Wilhelm vor 14 Tagen in Ems erlassen hat — ist sie etwa eine Amnestie nach Coccejus und Battel? Freilich, sie gilt nur — den Waldfrevlern und Wilddieben. — — —

O si tacuises! O hätt'st Du geschwiegen still, und den Mund gehalten fein, lieber Preßturko von der Spree! Wir aber benutzen Deine unglückliche Expektoration, um von Neuem zu erklären, daß die Sozialdemokratie weder Amnestie nimmt noch giebt; und um von Neuem die Thatsache zu konstatiren, daß das „Neue Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte" sich trotz seiner „beispiellosen Erfolge und Siege" nicht einmal stark genug fühlt für die schauspielerische Großmuth eines Bonaparte. —

Zum Dresdener sozialdemokratischen Partei-Kongreß.

Aus den **geschlossenen** Sitzungen theilen wir nur das Wesentlichste in aller Kürze mit, die Parteigenossen auf das in Bälde erscheinende ausführliche Protokoll verweisend.

Der Ausschuß-Schriftführer Heidemann bemerkt in seinem Bericht, daß die freiwilligen Beiträge einen größeren Betrag in der Gesammteinnahme ausmachen, als die regelmäßigen Steuern. Parteikassirer Burckhardt sieht sich, nach Darlegung der Finanzverhältnisse der Partei, leider genöthigt, die Bemerkung zu machen, daß nur 53 Orte zum größten Theil ihre Steuern bezahlt, nahe an 100 aber mit den Beiträgen in großem Rückstande seien. Im Verlauf der Debatte stellt sich heraus, daß verschiedene Orte, welche unter den „säumigen" aufgeführt sind, ihre Parteisteuern zur Wahlagitation, zur Prozeßführung, im Interesse der Partei u. s. w., zu verwenden genöthigt waren. — Der Expedient des „Volksstaat", Rübner, erstattet darauf Bericht über die Verwaltung des Parteiorgans vom Anfang des 3. Quartals 1870 bis 1. August 1871. Die gegenwärtige Auflage des „Volksstaat" sei 4200. Ein spezieller Nachweis über den Schriftenverkauf lasse sich jetzt noch nicht geben, weil die betreffenden Bücher sich noch in den Händen des Staatsanwalts befinden.

Götze (Neustadt) stellt den Antrag, in Zukunft bei den Kongressen keine öffentlichen Sitzungen mehr abzuhalten, damit die ganze Zeit für innere Angelegenheiten verwendet werden könne. Der Antrag wird nicht hinreichend unterstützt. —

Auf eine Interpellation, warum der Walster'sche Roman, dessen Veröffentlichung im „Volksstaat" begonnen war, nicht mehr erscheine, erklärt Hepner, daß die Fortsetzung des Romans (welcher, ohne Hinzuziehung der Redaktion, vom Braunschweiger Ausschuß für das Parteiorgan bestimmt worden war) in der Weise, wie er dem „Volksstaat" beigelegt wurde, mindestens 2 Jahre in Anspruch genommen und 2000 Thlr. Druckkosten veranlaßt haben würde, worüber man sich leider erst sehr spät klar geworden sei. Bebel bemerkt sodann, daß der Walster'sche Roman, sobald das beabsichtigte literarische Unternehmen ins Leben getreten ist, ohne Schwierigkeit zur Herausgabe gelangen wird, und zwar daran, daß sowohl der Autor als auch die Besitzer der ersten Lieferungen zufriedengestellt werden können. In einer späteren Sitzung wird beschlossen, dem neuen Ausschuß aufzugeben, für die Herausgabe des Walster'schen Romans in Lieferungen Sorge zu tragen.

Der Antrag der Cölner Parteigenossen, den „Volksstaat" einen Tag früher erscheinen zu lassen, wird abgelehnt, nachdem Seitens der Redaktion und Expedition die technische Unausführbarkeit dieses Verlangens unter den derzeitigen Verhältnissen dargestellt worden.

Gleichfalls abgelehnt wird der Kölner Antrag, betreffend die Wiederherstellung des in Eisenach beschlossenen und in Stuttgart abgeschafften §§, welcher die Gründung von Lokalcomités anempfiehlt.

Zum Breslauer Antrag, betreffend eine 14tägige ökonomische Beilage zum „Volksstaat", beantragt Hepner Vertagung dieses Antrages bis zum nächsten Kongreß, da die Redaktion — abgesehen von den materiellen Schwierigkeiten, welche die Ausführung des Breslauer Antrags vor dem Inslebentreten des literarischen Instituts mit sich brächte — augenblicklich durch Arbeiten mechanischer Art — wie z. B. Korrekturlesen — so überbürdet sei, daß sie die Ausführung des Breslauer Antrags nicht übernehmen könne. In der folgenden Sitzung beantragt Bebel die Ablehnung des Breslauer Antrags (geschieht) und dafür zu beschließen, daß das Parteiorgan öfter Abhandlungen rein ökonomischen Inhalts veröffentliche. Dieser Antrag sowohl, wie der andere von Bebel gestellte, daß die Redaktion zu Beginn jedes Quartals das Parteiprogramm an der Spitze des Blatts veröffentlichen soll, wird angenommen.

Der Antrag Bebel's, den Parteinamen in „sozialdemokratische Partei" umzuändern, wird bis zum nächsten Kongreß ausgesetzt.

Der Antrag Biedermann's betreffend den Austritt aus der Landeskirche, wird bei einer zweimaligen, längeren Diskussion durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Die Rousdorfer Anträge, bei den Wahlen nur entschiedenen Parteigenossen die Stimmen zu geben, sowie: der Pariser Kommune als Vorkämpferin des Proletariats unsern Dank auszusprechen, werden angenommen.

Der Mitweidaer Antrag, betreffend die Agitation, wird angenommen.

Die Untersuchung über die Verwaltung des Dresdener prov. Ausschusses und über die Verfolgungen der Partei gegen die früheren Herausgeber des Augsburger „Proletarier" wird einer Berliner Commission übertragen.

Der Hamburger Antrag (das ist der modifizirte Leipziger Antrag) betreffend die Einsetzung einer Finanzkommission des „Volksstaat" wird angenommen.

Der Antrag von Müller (Hamburg), betreffend das produktivgeschäftliche Vorgehen seitens der Partei wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. —

Da die „Geschäftsordnung" für die Partei und den Ausschuß, welche auf dem Kongreß angenommen worden ist, demnächst den Mitgliedern — und zwar gegen den gewöhnlichen Entgelt der Herstellungskosten — zugänglich gemacht werden wird, und über das beabsichtigte literarische Unternehmen, resp. die Genossenschafts-Druckerei erst die nächsten Wochen eine Entscheidung herbeiführen werden, so können wir auf die ausführliche Mittheilung der hierüber gepflogenen Debatten um so mehr verzichten, als die Frage der Genossenschafts-Druckerei ganz speziell im „Volksstaat" (mit Rücksicht auf die Kongreßverhandlungen) zur Sprache kommen wird.

Berlin, 19. August. (Zum Maurer-Strike.) Fünf Wochen sind bereits vergangen, und immer ist der Strike noch nicht ganz entschieden, obschon jetzt bei sehr vielen Meistern, welche unseren Forderungen nachgekommen sind, die Arbeit aufgenommen ist. Auch werden von den Meistern fast immer diejenigen Gesellen verlangt, welche vor dem Strike bei ihnen arbeiteten, wobei diejenigen schlecht fahren, welche, der allgemeinen Sache zuwider, während des Strikes gearbeitet haben. So wurde von einem Meister den alten Leuten erklärt, sie bekämen für die Ueberstunde 6 Sgr., während jene, welche so lange ausgeholfen hatten, nichts bekämen; zwar wenig angenehm für diese, aber es wird ihnen eine gute Lehre bei künftigen Strikes sein. Die Zeitungen schreiben, wir hätten ungerecht und uns selbst zum Schaden die allgemeine Arbeitseinstellung provocirt; wie recht wir aber hatten, durch dies Mittel die humanen Meister zu nöthigen, auf die Hartnäckigen für unsere Forderungen einzuwirken, beweist das Vorgehen eines Meisters, dem sich gewiß viele andere angeschlossen hätten. Maurermeister Koch hat nämlich das Parlamentsgebäude ziemlich fertig gebracht, und zwar durch Leute, welche den allgemeinen Beschlüssen zuwider gehandelt; da nun jener Herr aus der größten Klemme ist, nimmt er seine Anfangs gegebene Unterschrift zurück und entläßt jene Leute. Hier bewahrheitet sich das Wort wieder: „der Mohr hat seine Schuldigkeit gethan, der Mohr kann gehen!" Zu bedauern ist noch, daß jene Entlassenen sich nicht getrauen, unter die Masse zu treten, sondern sofort zu einem andern Meister gingen, wo sie natürlich mit offenen Armen empfangen wurden. In der Versammmlung am 18. rief die Verlesung eines Briefes von Knöllner aus Brandenburg, worin er im Namen der Brandenburger Weber zum Ausharren ermahnte, und 31 Thaler schickte, allgemeine freudige Erregung hervor. Grottkau hatte auf der Reise von Frankfurt a. O. im Coupee des Eisenbahnwaggons ein Gespräch eines hiesigen Baumeisters unfreiwillig mit angehört, der recht dreist, im Fall die Wohnungsnoth die Arbeiter am 1. Oktober zur Verzweiflung triebe, vom Einschreiten des Militärs mit 50 scharfen Patronen per Mann und Kartätschen gesprochen. Beim Verlassen des Zuges hatte Grottkau jenen Herrn um seinen Namen gebeten; dieser wurde verweigert, und als die Gegenfrage mit dem Namen „Paul Grottkau" beantwortet wurde, empfahl sich jener Herr schleunigst. Nun, die Arbeiter werden jenem Herrn das Vergnügen des Kartätschens nicht bereiten, sondern fest und sicher ihrem Ziele zuschreiten.

Mit sozial-demokratischem Gruß

Sievert.

(„Neuer Sozialdemokrat.")

Berlin. Der Verbandstag der Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften findet hier am 26. bis 29. August statt. — Die hiesigen selbstständigen Barbiere haben beschlossen, an das Publikum einen Appel um Zulage zu dem bisherigen geringen Honorar zu richten. —

Bezüglich der Agitation der Malergehilfen heißt es in einer Erklärung, welche die Kommission der Malergehilfen erlassen hat:

„Die Malergehilfen fordern keine direkte Lohnerhöhung, sondern nur Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde, Regulirung der Sonntagsarbeit und der Ueberstunden, bei Fortfall der Vesperpause. 60 Meister haben sich bereit erklärt, sofort auf die Forderungen einzugehen, während eine größere Anzahl Meister versprechen hat, nach Beendigung des Maurerstrikes die neue Ordnung in ihren Werkstätten einzuführen. Alle Meister aber, mit Ausnahme einer kleinen Anzahl, erkennen die Forderungen der Gehilfen als gerechte an, und machen die Einführung nur von der Zeit abhängig."

Die Buchbindergehilfen agitiren für den 10stündigen Normalarbeitstag und eine 20prozentige Lohnerhöhung.

Königsberg. Hier haben außer den Schuhmachern nun die Maurer die Arbeit eingestellt; sie verlangen Kürzung der Arbeitszeit um 1 Stunde und 1 Thlr. pro Tag. —

Offenbach. Die hiesigen Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins Häuser, Stürz und Wolf sind in Folge einer am 13. d. M. in Bieber abgehaltenen Versammlung, woselbst sie als Redner auftraten, verhaftet worden. Der Grund der Verhaftung ist der landes- und reichsübliche, nämlich „Aufreizung" u. s. w. —

Breslau, 14. August. Obwohl ich mir vorgenommen hatte, mich nicht mehr an der Diskussion über den Stuttgarter Kongreßbeschluß zu betheiligen, bin ich durch die Ausführungen des Hrn. York in Nr. 65 d. Bl. gezwungen, meinem Vorsatz untreu zu werden. Vor ihrer Veröffentlichung war ich wirklich der Meinung, daß der Kongreßbeschluß „für die Hauptaufgabe der Gewerkschaften die Bildung und Förderung gemeinsamer Produktiv-Geschäfte erklärt" und daß er ihnen „ein gemeinsames Vorgehen in dieser Richtung empfiehlt". Ich sehe nun, in welcher Verblendung ich mich befunden, den Beschluß nach seinem Wortlaute aufzufassen. Hätte Hr. York nämlich auch nur im Entferntesten ahnen können, daß es nach Jahr und Tag irgend einem Parteigenossen einfallen würde, dies zu thun, so würde er ihn wie folgt formulirt haben: „Der Kongreß erklärt für Hauptaufgabe der Gewerkschaften: die Agitation zur Förderung und Bildung von Produktiv-Genossenschaften mittelst Staatshülfe". In der That hätte er dann einiges Unheil abgewendet, und ich kann ihm nur den Rath ertheilen, für die Folge seinen Meinungen einen präcisen Ausdruck zu verleihen; denn es gibt leider in unserer Partei einige Mitglieder, welche nicht dem Talleyrand'schen Ausspruche huldigen, daß uns Gott die Sprache gegeben, um unsere Gedanken zu verbergen.

Wenn aber Herr York meint, daß für irgend einen klaren Sozialisten die Resolution in dieser zweiten Fassung annehmbar gewesen wäre, so befindet er sich in einem geradezu komischen Irrthum; denn die Errichtung von Produktiv-Assoziationen liegt gar nicht in der Macht der Gewerkschaften, sondern allein in der des Staates, und in dem heutigen Staate, der niemals daran denken kann, jene Bestrebungen zu fördern, den Gewerkschaften es zur Hauptaufgabe machen, solche Produktiv-Assoziationen zu gründen, heißt entweder sie zum Umsturz des heutigen Staates auffordern oder sie verhöhnen. Da aber auch Herr York wissen muß, daß den Gewerkschaften schon der geringste Versuch einer derartigen politischen Wirksamkeit, welche eine Aenderung der Staatsform bezweckt, durch die bestehenden Gesetze unmöglich gemacht ist, so bleibt, so lange Hr. York den Anspruch auf Klarheit in seinem Handeln macht, nur die zweite Annahme denkbar.

Aber es war Hrn. York — nach seinem eignen Geständniß — zunächst und hauptsächlich darum zu thun, dem damals mehr als nöthig grassirenden Strikefieber durch jene Resolution einen Dämpfer aufzusetzen. Sonderbarer Dämpfer! Die Arbeiter machen von dem ihnen zustehenden Recht, sich zu koalisiren, Gebrauch, um ihre Lage damit zu verbessern, sie hauen in Unkenntniß über die zweischneidige Waffe der Arbeitseinstellungen bisweilen über die Schnur, und die Partei, anstatt durch eine zweckmäßige Organisation der Gewerkschaften die übermäßigen Strikes zu verhüten, oder wenigstens zu erklären, daß durch sie eine dauernde Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse nicht erzielt werden kann, faßt auf ihrem Kongreß eine Resolution, die für Hauptaufgabe der Gewerkschaften die Bildung und Förderung von gemeinsamen Produktiv-Geschäften proklamirt. Das heißt doch wahrlich, wie ich in meinem ersten Artikel nachgewiesen, der in keinem seiner Theile bisher widerlegt worden, den Teufel durch Beelzebub austreiben.

Die Gewerkschaften haben, wie dies ihre Geschichte in England zeigt, die nicht wegzuleugnende Tendenz, Arbeitseinstellungen zu organisiren, um mit ihrer Hülfe, soweit es die Verhältnisse — d. h. die kapitalistische Produktionsweise — gestatten, einzelne Uebelstände zu beseitigen. Dies haben die Pariser Arbeiter so sehr begriffen, daß sie bei Etablirung derselben im Frühjahr 1869 ihnen den Namen „Widerstandskassen" gaben. Ja sogar Hr. York selbst scheint dies zu wissen, denn er wollte nur durch jenen Beschluß „dem damals **mehr als nöthig** grassirenden Strikefieber einen Dämpfer aufsetzen". In gewisser Anzahl hält auch er demnach die Strikes für nöthig. Und die neuesten Ereignisse bestätigen die Richtigkeit dieser Anschauung. Die Arbeitseinstellungen lassen sich, weil Folge der heutigen Produktionsweise, durch keinerlei Mittel aus der Welt schaffen; sie unserer Partei dienstbar zu machen, muß vielmehr unsere vorzügliche Aufgabe sein. Dies kann aber immer nur durch eine streng einheitliche und stramme Organisation geschehen. Die Gewerkschaften werden zu einem Verbande vereinigt, in dessen Leitung sie nach Verhältniß ihrer Mitgliederzahl Delegirte wählen.

Diesen unterliegt die Genehmigung eines jeden Strikes, sie ordnen an, an welchem Orte und in welchem Arbeitszweige die Arbeit eingestellt werden soll. Durch die Direktion nicht genehmigte Strikes werden nicht unterstützt, — das beste Abschreckungsmittel für die Schmarotzer in der Arbeiterklasse, die sich auf Kosten ihrer Kollegen eine bessere Stellung erringen wollen. Ich will hier nicht in's Detail der Organisation eingehen, mögen Andere, die darin mehr praktische Erfahrung haben, dies thun. Einmal die leitenden Grundsätze festgestellt, wird es bei einigem Nachdenken nicht schwer fallen, das Gebäude der Organisation aufzurichten.

Habe ich vorhin die Inszenirung von Strikes als die ultima ratio*) der Gewerkschaften hingestellt, so ist damit jede andere Thätigkeit derselben durchaus nicht ausgeschlossen. In der ersten Zeit ihres Bestehens werden sie vorzüglich für ihre größtmögliche Ausdehnung Propaganda machen, ihre Mitglieder sozialistisch schulen müssen. Ist dies großentheils erreicht, so kommt die politische Agitation, die Agitation für den Normalarbeitstag, für die Aufhebung der Kinder- und Beschränkung der Frauenarbeit an die Reihe u. s. w. Um dies jedoch thun zu können, dürfen sie sich nicht mit, ihrem Zwecke fremden Sachen beschäftigen, haben sie vor Allem eine Ueberanspannung der materiellen Kräfte der Arbeiter zu verhüten. Nicht werden sie demnach Krankenkassen errichten; vielmehr wird es ihr Bestreben sein, die bestehenden Fabrik- und Zwangskassen in ihre Hände zu bekommen und die Jahre hindurch gesteuerten Beiträge der Arbeiter zum Theil für ihre Zwecke zu verwenden. Soll die erfolgreiche Durchführung aller ihrer Bestrebungen aber gesichert sein, so dürfen nicht, wie bisher, die mittelmäßigen Talente zu ihrer Leitung berufen werden, sondern es muß den Intelligenzen unserer Partei ein heilsamer Einfluß auf dieselbe eingeräumt werden.

Dies sind im Wesentlichen meine Ansichten über die Reorganisation der Gewerkschaften, und muß ich Herrn York schließlich noch bemerken, daß er meinen ersten Artikel gar nicht gelesen zu haben scheint, wenn er mich für einen Gegner derselben hält.

S. Faerber.

Nürnberg. Ich muß Ihnen doch ein Stückchen frechster Gemeinheit, die aber bei den Nationalschwindlern zur Sitte geworden, erzählen. Am folgenden Tage nach dem Max Hirsch'schen Vortrage erstattete der hiesige „Korrespondent von und für Deutschland" Bericht über denselben, dabei erwähnend, daß Hirsch die Pariser und Königshütter Vorgänge der „Internationalen" aufgebürdet. Hunderte hatten es gehört, es war nicht zu bestreiten. Da brachte auch der „Volksstaat" diese Notiz, und was geschah? Am 6. d. M. erscheint im „Fränkischen Kurier" in Form einer Nürnberger Notiz eine Erklärung, die vom „Volksstaat" berichtete Thatsache sei eine Lüge, ebenso hätten die Sozialdemokraten in der Versammlung Lärm gemacht, während es das nationalservile Gesindel war, das gegen die sozialistischen Reden tobte, wie immer, wenn es die Ueberzahl zu haben glaubt. Gegen den „Korrespondent von und für Deutschland" wagten die Leute nicht aufzutreten, weil sie zu feig sind; der „Volksstaat" aber ist weit und wird von Keinem aus der saubern Gesellschaft gelesen, und dann ist es doch Pflicht jedes Käseblatt-Redakteurs, über die Sozialisten mit allen Waffen der Gemeinheit herzufallen, wäre es auch nur, um Schwarz als Weiß seinem Publikum hinzumalen. Einer der vielen Ohrenzeugen sandte der Redaktion des „Kurier" eine kurze Berichtigung, aber die noble Redaktion, deren wahre Seele ein Dr. Rauhenzahner, Schwiegersohn des Eigenthümers Tümmel, nahm dieselbe nicht auf.**) NB. An diesem Blatte war vor circa 20 Jahren der jetzige Reichsrath und Hauptfabrikant Cramer, der sich „Cramer-Klett" nennt (eine alte Frau Klett hatte dem jungen Manne ihr bedeutendes Vermögen zugebracht und kinderlos hinterlassen), auch einmal Redakteur.

Das „Direktorium" (eigentlich der erste Vorsitzende A. Essenwein) des Germanischen Museums hatte in einem Bittgesuche größten Maßstabes an den Bundesrath des „deutschen Reichs" die bescheidene Frage gerichtet, ob Hochderselbe nicht aus der allerhöchsten Kriegsentschädigung die Schulden des Museums bezahlen, die noch unvollendeten Gebäude ausbauen, die Sammlungen abrunden helfen und noch ein Stammkapital bewilligen wolle: eine Sache, die so ziemlich eine halbe Million kosten würde. Was hat nun der „Reichskanzler" darauf geantwortet? Mit den vom 1. Januar 1872 an zahlbaren 8000 Thlrn. habe die Frage über die Umwandlung des Germanischen Museums in eine Reichsanstalt ihre Erledigung gefunden. Eine des neuen Soldatenreiches würdige, dem Anbeter des Großpreußenthums für seine Ignoranz geziemende Antwort! —

Vom 20. bis 23. August wird hier der zwölfte „Vereinstag des allgemeinen Verbandes der auf Selbsthülfe beruhenden deutschen Erwerbs- und Wirthschafts-Genossenschaften" abgehalten. Es sollen in Deutschland jetzt circa 3000 solcher Genossenschaften existiren. Ein Bankier, A. Kohn, ist hier Vorsitzender.

---

*) Ausrufungszeichen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", welche Zündnadelgewehre, Bomben und Granaten offenbar mit unter die gütlichen Mittel rechnet, und demgemäß in den Metzeleien um Metz, dem Bombardement von Straßburg und dergleichen argumentis ad hominem bloß zärtliche Liebeswerbungen erblickt.

**) Fragezeichen des „Volksstaat."

***) Ausrufungszeichen des „Volksstaat". Woher die Verachtung über die „anonymen" Artikelschreiber, Herr Anonymus? Selbsterkenntniß?

†) O Du enfant terrible, von einem Preßturko! Es sei Dir tausendmal gedankt, daß Du das Geheimniß unseres Hochverrathsprozesses so muthig aus der Schule geschwatzt hast. Also weil wir „die in der Kammer („Reichstag") entstandenen Debatten benutzten"! Wir hatten das längst gewußt, aber nimmer geglaubt, daß man so — ehrlich sein würde, es zu sagen.

††) Hoch- und Landesverrath — o Gnade! Gnade! Wir haben ja noch keine Könige fortgejagt und keine Verfassungen umgestürzt! Wir sind ja nicht in Biarritz gewesen! Wir haben ja nicht mit dem „Erbfeind" Jahre lange „dilatorische" Verhandlungen gepflogen! Also Gnade, Gnade, guter Preßturko!

*) Der letzte Grund; das letzte Wort.

**) Wir verweisen bezüglich des ersten Theils dieser Korrespondenz auf die Erklärung des Herrn Hirsch in der letzten Nummer des „Volksstaat".

Fortsetzung von Seite 1.

London. Es erscheint hier ein französisches Polizeiblatt „L'International", das vor einiger Zeit durch Herrn Clement Duvernois zum offiziellen Organ des Herrn Louis Bonaparte erklärt worden ist. Dieses Schmutzblatt macht sich natürlich ein Vergnügen daraus, die Polizeilügen über die Internationale Arbeiter-Assoziation zu verbreiten. Neuerdings bringt es einen Artikel aus der Berliner „Nationalzeitung" — die Lorbeeren der Herren Henri de Pène, Villemessant und Konsorten scheinen dem biedern Zabel den Schlaf zu rauben. In diesem Artikel heißt es — wir übersetzen aus dem französischen zurück:

„Aus ihren sauren Ersparnissen liefern die verblendeten Arbeiter den Mitgliedern des Generalraths allen nur wünschenswerthen Comfort, um in London angenehm zu leben" u. s. w. — Die alte bekannte Verläumdung, als ob die Führer der Arbeiterbewegung sich auf Kosten der Arbeiter zu Gute thäten.

Unser Freund Marx hat sofort hierauf durch eine an den „International" gesandte Erklärung geantwortet. Nach Anführung obiger Stelle sagt er:

„Ich mache Ihnen bemerklich, daß mit Ausnahme des Generalsekretärs, der einen Lohn von zehn Schillingen (3 Thlr. 10 Ngr.) die Woche bezieht, alle Mitglieder des Generalraths ihre Amtspflichten unentgeltlich erfüllen und stets erfüllt haben.

„Ich verlange die Einrückung dieser Zeilen in Ihrer nächsten Nummer.

„Falls Ihr Blatt fortfährt, ähnliche Verläumdungen zu verbreiten, wird es gerichtlich verfolgt werden.

Ich habe die Ehre Sie zu grüßen

London, 17. August 1871. Karl Marx."

Da diese Erklärung auch an die Adresse der „Nationalzeitung" gerichtet ist, so geben wir sie ihr hiermit zum Besten. Natürlich wird sie den biedern Zabel nicht abhalten, ruhig weiter zu verläumden. —

Unsere Gegner: In der Biedermännischen „Deutschen Allgemeinen Zeitung" vom vorigen Sonntag befindet sich folgende Korrespondenz aus Chemnitz, d. d. 18. August:

„Der seinerzeit hier und im burgstädt-frankenberger Wahlbezirke von den Sozialdemokraten aufgestellte, aber durchgefallene Reichstagskandidat Bracke aus Braunschweig tritt heute in öffentlicher Volksversammlung auf, um über Staatshülfe und das Haftverbindlichkeitsgesetz zu sprechen. Daß die Sozialdemokratie seit ungefähr drei Monaten hier ungemein an Terrain gewonnen hat, beweist der starke Zuwachs ihrer Mitglieder und der zunehmende Besuch der beinahe Tag um Tag stattfindenden öffentlichen „Volksversammlungen." Dieser Erfolg, weit entfernt, sich etwa auf die Wahrheit der treibenden Idee oder auf Ueberzeugungstreue zu stützen, ist lediglich (!) das Resultat schwunghaft betriebener Agitation, einer Agitation, der alle Mittel recht sind. Der Verantwortlichkeit für die etwaigen Auswüchse und Folgen des sozialistischen Parteitreibens kann sich die Regierung nicht entziehen, sie hat die Partei sowohl in der Presse als in öffentlichen Versammlungen erstarken lassen, indem sie ihr eine Freiheit gewährte, wie sie andern Parteien (mit Ausnahme der reaktionären) noch niemals zugestanden worden. Auffallend ist, daß die meisten hiesigen Agitatoren aus andern Ländern verschrieben werden. Während vor Jahresfrist die sozialdemokratischen Versammlungen das Zerrbild innerer Spaltung und heftigster Anfeindung untereinander boten, herrscht jetzt vollkommenes Einverständniß, indem man einzelne Prinzipfragen bei Seite läßt und lediglich der Fahne der „Kommune" folgt, Haß und Verachtung gegen alle Besitzenden predigt, die Unzufriedenheit des Arbeiterstandes anstachelt und die blinde Menge mit den ehrgeizigsten Planen kitzelt. Und daß die Agitatoren dabei ungescheut jedwede Drohung auf Leben und Eigenthum aussprechen dürfen, macht nicht nur die Versammlungen pikant (ein Ausdruck, den wir so oft gehört haben), nein, dadurch werden die Blindgläubigen auch in ihrer Ansicht bestärkt, daß es doch einmal so kommen müsse und der Arbeiter „Recht" habe. Daß man sich mit den gegenwärtigen rein sozialistischen Agitationen zugleich den Boden für die im hiesigen 2. Bezirke vorzunehmende Landtagswahl ebnet, liegt auf der Hand, und ebenso einleuchtend ist es, daß die liberale Partei nur mit einem Kandidaten reussiren kann, der sich bereits im parlamentarischen und politischen Leben erprobt hat."

Also unserer Partei hat die sächsische Regierung eine „Freiheit gewährt", „wie sie anderen Parteien (mit Ausnahme der reaktionären) noch niemals zugestanden worden." Schamloser, als es in diesem Satze geschieht, läßt sich die Wahrheit nicht auf den Kopf stellen. Unsere Partei genießt allerdings in Sachsen eine Ausnahmestellung, aber nur insofern, als sie das Monopol der politischen Verfolgung hat. Die Ehre der Verurtheilung zu Gefängnißstrafe und der Präventivhaft wegen sogenannter politischer Vergehen ist seit Jahren in Sachsen ausschließlich Sozialdemokraten zu Theil geworden; seit Jahren ist, zwei oder drei harmlose Fälle abgerechnet, in Sachsen kein politischer Preßprozeß eingeleitet worden, außer gegen Sozialdemokraten; während des letzten Kriegs hatten alle Parteien in Sachsen das Vereinsrecht, blos der Sozialdemokratie war es entzogen; seit einigen Monaten hat man die „fromme Sitte" der polizeilichen Ausweisungen in Sachsen wieder eingeführt — blos gegen Sozialdemokraten; und jetzt ist von Neuem das Vereinsrecht abgeschafft worden — für die Sozialdemokratie! Natürlich ist das dem saubern Korrespondenten und dem saubern Herrn Redakteur, der die Korrespondenz abdruckt, vollkommen wohl bekannt, aber vielleicht läßt sich die sächsische Regierung, die hier Biedermännisch in Berlin verklagt wird, zu weitergehenden Maßregeln gegen uns treiben, und dann hat das Artikelchen seinen Zweck erfüllt. Nun, wir warten in aller Gemüthsruhe die Wirkungen ab und freuen uns mittlerweile der unfreiwilligen Lobsprüche unseres Denunzianten, dessen am Schluß seines Briefes ertheilten Rath wir dankend benutzen werden.

Warnung. In der Brüsseler „Internationale" vom 20. August warnt der belgische Centralrath der internationalen Arbeiterassoziation vor dem Zuzug von belgischen Arbeitern nach Newcastle (England), indem die dortigen Maschinenbauer bereits seit mehreren Wochen für den neunstündigen Normalarbeitstag im Strike und nahe am Siege sind. Wir lassen eine ähnliche Warnung an die deutschen Arbeiter ergehn, da uns mitgetheilt wird, daß die Newcastler Fabrikanten sich in ihrer internationalen Ausbeutungswuth auch nach Deutschland gewandt haben, namentlich nach Berlin, Solingen und Chemnitz, um hier Lohnsklaven zu miethen, mit deren Hülfe die für ihr Menschenrecht kämpfenden englischen Arbeiter zu Paaren getrieben werden sollen. Kein deutscher Arbeiter, das hoffen wir, ist so ehrlos und stumpfsinnig, sich mit Bewußtsein zu einer solchen selbstmörderischen Niederträchtigkeit gebrauchen zu lassen. Zeigen wir unsern englischen Brüdern, daß das Deutschland der Arbeiter nicht das Deutschland der Junker, Pfaffen und Bourgeois ist: der europäische Büttel.

Das Vereins- und Versammlungsrecht in Sachsen.

Auerbach, den 19. August. Das ist hier eine nette Gegend, d. h. was die Behörden betrifft, denn das Volk hier ist gut, ist kreuzbrav.

In Kirchberg und Wilkau sind die angesetzten Versammlungen, erstere für Freitag Abend, letztere für Sonntag Morgen bestimmt, vom Herrn Gerichtsamtmann Naupert in Kirchberg verboten worden. Die Motivirung ist folgende:

Referiren soll Bracke; derselbe gehört zur sozial-demokratischen Arbeiter-Partei. Einer der Hauptführer dieser Partei hat sich für die Pariser Kommune erklärt, auch hat der Dresdner Kongreß gezeigt, wessen man sich von derselben zu versehen hat.

Ob das aber in juristischem Sinne nicht eine Beleidigung ist, von Jemand so ohne Weiteres anzunehmen, daß er die Versammlung zu ungesetzlichen Handlungen geneigt machen wollte?

Jedenfalls ist dies Verbot sehr sehr stark, auch wohl neu in seiner Art.

Kirchberg und Wilkau werden selbstverständlich den Beschwerdeweg verfolgen.

Doch mehr! In Kirchberg ging Schubert mit Bracke zu einer Anzahl Parteigenossen, denen der Sachverhalt mitgetheilt und denen ferner gesagt wurde, daß die genannten zwei in ein anderes Lokal (Schießhaussaal) gehen und dort ein Töpfchen Bier trinken würden. Trotz des strömenden Gewitterregens war das große Lokal bald überfüllt und Schubert erzählte, daß eben keine Versammlung, sondern nur ein gemüthliches Beisammensein stattfinden dürfe. Darauf erzählte Bracke den Umsitzenden etwas vom Herrn Gerichtsamtmann zu Kirchberg, wurde aber nach kurzen Worten, denen alle Anwesenden zu lauschen schienen, am Weitererzählen verhindert, da die anwesende Polizeimannschaft darin die Versammlung zu erblicken vorgab. Der Befehl, sofort alle Lichter auszulöschen, wurde auf die vernünftigen Vorstellungen Schubert's, der auf die Folgen für den Wirth aufmerksam machte, allerdings zurückgenommen, aber nur erlaubt, das Töpfchen Bier auszutrinken und zu bezahlen.

Selbstverständlich wird auch darüber Beschwerde verfolgt.

Morgen, als Sonntag Vormittag, soll nun in Wilkau, da weder eine Versammlung noch ein gemüthliches Beisammensein von den Organen des Gerichtsamts Kirchberg gestattet werden wird, ein gemüthlicher Spaziergang stattfinden. Ob man denselben nicht vielleicht auch verbieten wird? —

Anders, ganz anders scheint man hier im Voigtlande verfahren zu wollen. Heute Abend sollte Versammlung in Falkenstein sein; der Abhaltung derselben legte man auch keine Hindernisse in den Weg; aber vor Beginn der sehr zahlreich besuchten Versammlung wurde Bracke nach seinen Legitimationspapieren gefragt, Briefe und Zeugen aber nicht an deren Stelle genommen. Daraufhin wurde Bracke das Sprechen verboten, was er natürlich mit den bestehenden Gesetzen nicht im Einklang finden konnte und worüber er Beschwerde anmeldete. Daraufhin ging Bracke zu den einzelnen Tischen, wünschte einen guten Abend, theilte den Grund seines Nichtredendürfens mit und dankte für das ihm bei der letzten Wahl geschenkte Vertrauen. Kaum beim zweiten Tisch angelangt, wurde ihm auch dies: „die Anreden an die einzelnen Tische" auf Grund seiner mangelnden Legitimationspapiere verboten.

Vermuthlich wird es Bracke in Reichenbach ebenso ergehen und hat er daher um die Legitimationspapiere nach Hause telegraphirt; er erwartet dieselben Montag in Lengenfeld und wird dann außer Lengenfeld noch in Treuen und Auerbach, wo nöthig auch in Reichenbach Versammlungen abhalten.

Daß diese „Schwierigkeiten" bei der hiesigen Bevölkerung, die das Lob tüchtiger sozialdemokratischer Gesinnung verdient, nur das Gegentheil von Dem bewirken, was sie bewirken sollte, ist selbstverständlich. So leicht sind wir nicht lahm gelegt.

Internationale Gewerkschaft der Holzarbeiter.

Zu Mitgliedern der Kontrolekommission sind folgende Personen gewählt: G. Heinrichs, Tiedoldsgasse 88 (Vorsitzender); J. Kröger (Schriftführer); J. Winnen, F. Wermelingen, W. Siebegteroth, J. Flandergan, J. Sauer, C. Plaumann, A. Nockel, A. Zimmermann, H. Küpper. Briefe und Zuschriften sind an den Vorsitzenden zu richten.

Cöln, im August 1871. Der Vorstand.

Dresden. Am 14. d. M. fand hier im Saale der „Konversation" eine auch von Meistern recht zahlreich besuchte Versammlung der Holzarbeiter statt. Hr. York als Vorsitzender der Gewerkschaft und noch mehrere andere Kongreß-Delegirte aus Chemnitz, Zwickau u. a. m. besprachen die Organisation und den Nutzen der Gewerkschaften und forderten die Anwesenden demgemäß auf, die Reihen der kämpfenden Genossen durch zahlreichen Beitritt zu verstärken. Es thut sehr Noth, daß hier in Dresden besonders die Tischler etwas mehr aufgerüttelt werden, wozu der Kongreß wohl das Seinige beigetragen haben wird. Der Vorsitzende: Arnold.

Stade. In der Versammlung vom 6. dss. M. wurde Niemann zum Bevollmächtigten der Gewerkschaft und Krankenkasse und Wildstacke zum Kassirer gewählt; Fündling, Stöver, Willy, zu Revisoren der Gewerkschaft, Lüdge, Hollst, Hahn, zu Revisoren der Krankenkasse. H. Beckmann, Schriftführer.

Magdeburg, 13. August. Vorigen Donnerstag fand hier eine recht zahlreich besuchte Versammlung hiesiger Holzarbeiter statt, in welcher Freund York, als Vorsitzender unserer Gewerkschaft, die Ziele der Arbeiterbewegung im allgemeinen und die Bestrebungen und den Zweck der Gewerkschaften insbesondere, klar und bestimmt, nachwies.

Hoffentlich werden die Arbeiter in Magdeburg, jetzt, wo die gegenseitigen Reibereien und die Verhetzungen der Arbeiter unter einander, die zum großen Schaden der sozial-demokratischen Bewegung auch hier so viel Unheil angerichtet, beseitigt sind, auch in der Gewerkschaftsbewegung wieder mehr Eifer und Thatkraft entwickeln, und ist durch die stattgehabte Versammlung der Boden doch etwas vorgearbeitet worden.

Internationale Metallarbeiterschaft.

Hannover, 20. August. Metallarbeiter aller Länder! Der Klassenkampf tritt überall in der schroffsten Weise zu Tage. Ueberall stehen die Arbeiter im Kampf mit der Kapitalmacht, um ihren gerechten Ansprüchen Geltung zu verschaffen. So tritt denn die Forderung auch an uns heran, die Solidarität der Arbeiter zu bethätigen. Darum auf, Metallarbeiter! Laßt unsern nothleidenden Brüdern, welche durch den Druck des Kapitals und den Kampf um ihre gerechten Forderungen brodlos geworden sind, nicht im Stich! Macht es möglich, trotz der Maßregelungen, welchen ihr täglich ausgesetzt seid! Jetzt ist es Zeit, jetzt könnt ihr zeigen, daß ihr nicht im gemeinsamen Kampfe zurückstehen wollt! Schauet hin nach Barmen, nach Berlin, nach Reichenberg, wo Metallarbeiter im Strike begriffen sind und hartnäckige Kämpfe zu bestehen haben. An Euch liegt es, ihnen ihr Loos erträglicher zu machen. Darum tragt, so rasch als möglich, euer Scherflein dazu bei, ihre Noth zu lindern. Auf, Metallarbeiter, zum gemeinsamen Klassenkampfe, Ihr durch eure Unterstützung, Jene durch entschiedenes Ausharren im Kampfe, dann wird ihr Sieg der unsere sein. Gelder sende man an untenstehende Adressen. a) An Josef Ulbrich Schützengasse 60/1. in Reichenberg. b) An das Strike-Komitee, Schneider'sches Lokal Thorstraße 12 in Berlin. c) An Jul. Schmidt Oberdankmalstraße 88 in Barmen, woselbst auch eine Mitgliedschaft im Entstehen begriffen ist. Um thätige Unterstützung bittet

Der Ausschuß.

NB. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden ersucht, Obiges in ihre Spalten aufzunehmen.

Nürnberg. Wir erlauben uns an alle Mitgliedschaften die Aufforderung ergehen zu lassen, dem Vororte gegenüber ihren Verpflichtungen schleunigst nachzukommen, und den Aufforderungen desselben pünktlichst zu genügen, um für den nächsten Kongreß ein erfreuliches Resultat zu Stande zu bringen. Es ist bedauernswerth, nur immer mahnen und mahnen zu müssen und doch keine Folgsamkeit von den einzelnen Mitgliedschaften zu sehen. Bedenkt doch, daß wir wenigen einzahlenden Mitgliedschaften das Deficit deckten, und wir bei regelmäßiger, schneller Einzahlung eine der best situirten Gewerkschaften bilden. Haben wir nicht gleiche Pflichten und Rechte, sind wir nicht mehr solidarisch unter einander? Wo wollen wir hinkommen, wenn wir den Vorort stets in der Bedrängniß sitzen lassen? Sämmtliche Mitgliedschaftskassen enthalten Gelder, und ebensowohl die Krankenkassen, wir nehmen dies nur von uns und einigen uns bekannt gewordenen Mitgliedschaften ab. Darum rasches und einiges Zusammengreifen und wir kommen vorwärts!

In der Erwartung, daß dies die letzte Mahnung an die verschiedenen Mitgliedschaften ist, und daß dieselben für die Zukunft mehr Pünktlichkeit üben werden, zeichnet mit sozialdemokratischem Gruß und Handschlag für Die Kontrollkommission:

M. Seischab, „Goldner Baum" Lammsgasse.

NB. Wir haben hier am Orte beschlossen, in Uebereinstimmung mit den internationalen Gewerkschaften, zur Gründung einer Gewerkschaftsunion unser Mögliches zu thun, und theilen in Betreff eines Gewerkschaftsorgans die Ansichten York's.

Pest. Aus dem Berichte des Komitees des Allgemeinen Arbeiter-Vereins ersehen wir, daß vom 18. Juni bis zum 1. August die Einnahme für die inhaftirten Parteigenossen daselbst 350 fl. 18 kr., die Ausgabe 326 fl. 84 kr. betrug. Kassabestand also: 23 fl. 34 kr. — Nach dem ersten August sind ferner eingegangen 32 fl. 30 kr. (darunter 10 Thlr. von Leipzig).

Briefkasten

des Parteikassirers: F. B. in Hannover: Thlr. 1. 20. —. erhalten. C. Z. in Reutlingen: Thlr. —. 29. —. erh. O. F. in Cöln: Thlr. 1. 6. —. Parteibeitrag, Thlr. 1. —. —. freiw. Beitrag, Thlr. 4. 28. 5. an die Expedition abgel. W. A. in Neu-Isenburg: Thlr. 1. 2. 5., J. L. in Mainz: Thlr. 2. 24. 8., G. A. P. in Fürth (Zukunft): Thlr. 1. 18. —., E. D. in Rochlitz: Thlr. 1. 11. —., Brünning in Heide i. H.: Thlr. 5. —. —. für die Partei, K. Kl. in Solingen: Thlr. 1. —. —. für die Inhaftirten und Thlr. 9. —. —. für die Partei, J. G. in Kassel: Thlr. 2. —. —., durch Bebel: Parteibeiträge der Schweizer Parteigenossen Thlr. 58. 20. —. und vom Arbeiterverein in Frohburg Thlr. 1. —. —. für die Partei, Metzner in Berlin: Thlr. —. 20. —. für Spandau, Albert in Glauchau: Thlr. 5. 20. 9. für Schriften, Bohne in Hohenstein-Ernstthal: Thlr. 1. 15. —. C. Sch. in Mittweida: Thlr. 1. —. —. für die Inhaftirten, durch Thiele von N. N. in Coblenz Thlr. 3. —. —. für die Inhaftirten („Recht muß über Gewalt gehen")' H. Scheu: Thlr. 1. 1. —. erhalten.

der Expedition: Durch Sorge Hoboken erhalten: 5 Dollar freiwilliger (dritter) Beitrag von Frau Lilienthal. C. Blasch in M. 5 Fl. erhalten. E. M. Tübingen 1 Fl. für die Inhaftirten erh. O. Neviges 10 Gr. für Abonn. erh. Grütliverein, Genf 1 Thlr. 20 Gr. v August bis December. W. in Warnsdorf Normalarbeitstag v. Hirsch ist vergriffen. F. Breslau, Sch. u. A. G. in Hamburg, E. in Augsburg, W. in Essen u. andere Besteller: Die Adresse des Generalraths ist soeben erst im Druck vollendet, ich konnte sie daher nicht früher senden. M. Weimar 1 Thlr. für Schriften erh. „Unsere Ziele" sind nicht zu haben. Deutsche Sektion, Verviers: 1 Thlr. für Abon. erh. 2 Thlr. für den Diätenfond von Parteigenossen in Meerane durch C. G.

Für Hamburg und Umgegend.

Sozialdemokratische Arbeiterpartei.

Versammlung am Sonnabend, den 26. August, Abends 9 Uhr, in Eberhahn's Clublokal, Zeughausmarkt 31.

Tagesordnung: Wahl des Parteiausschusses.

Zu dieser Versammlung sind die Parteimitglieder in Hamburg, Altona, Wandsbeck und Harburg eingeladen.

Die Mitgliedskarten sind vorzuzeigen.

August Geib.

Für Cöln.

Sonntag den 27. August findet **keine Parteiversammlung** statt.

Sämmtliche Parteigenossen werden hiermit ersucht, Sonntag den 27. dss. Morgens 9 Uhr bei Crimborn in der Trankgasse zu sein, um von da zusammen nach der Versammlung in Mühlheim zu gehen.

Es ist nothwendig, daß Alle erscheinen. C. Berg,

Für Thüringen.

Sämmtliche **Vertrauensmänner** in Thüringen, denen ich die Gründe, die mich bestimmt, nicht zum Kongreß zu gehen, mitgetheilt habe, ersuche ich um recht baldige Antwort.

Weimar. **A. Müller.**

Für Hannover.

Oeffentliche Mitgliederversammlung

Sonnabend, d. 26. August bei **Bartling**, Knochenhauerstr. 59.

Tagesordnung: Berichterstattung über den Partei-Kongreß vom Delegirten Reichelt.

Zutritt Jedermann frei.

Für Lunzenau.

Sonntag, den 27. d. M. Nachmittags 3 Uhr

Große

Volks-Versammlung

in **Weise's Gasthaus** hier.

Tagesordnung: 1) Die religiöse Bewegung und der Sozialismus.
2) Der Dresdner Arbeiter-Kongreß. (Ref. Herr Johann Most.)

Arbeiter! Erscheint in Massen!

NB. Nach Schluß obiger Versammlung findet deklamatorische und musikalische Abendunterhaltung statt, wozu hierdurch freundlichst einladet

Der Arbeiterverein „Vorwärts".

Für Leipzig.

Sozialdemokratischer Arbeiterverein.

Freitag, den 25. August, Abends 1/2 9 Uhr: **Geschlossene Mitgliederversammlung** in der „goldenen Säge".

Tagesordnung: Bericht des Kassirers. — Neuwahl des gesammten Vorstandes. — Sozialpolitischer Wochenbericht. (Ref. Harnisch.)

Nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarten ist der Zutritt gestattet. — Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Der Vorstand.

Den Parteifreunden zur Nachricht, daß jetzt die Broschüre von G. Lommel, **„Jesus von Nazareth"**, 5. Auflage, für 3 1/2 Gr., Boruttau's **„Die religiöse Frage und die Arbeiter"** für 1 1/2 Gr. zu haben ist. **C. E. Seifert,**
Leipzig. Windmühlenstraße 23.

Schuhmacher-Werkzeug,

Brennzeug eigenes Fabrikat unter Garantie. Leisten-Lager. Wiener Papp. Berliner Holzstifte
empfiehlt
Moritz Kobitzsch
in **Dresden**, Zwingerstr. (an der Weisseritz) 36. I. Etage, gegenüber dem Postplatz.

Cigarren.

Nachdem in **Waldheim** zur Gründung einer
Cigarren-Produktiv-Genossenschaft
geschritten worden ist, ersuchen wir die Parteigenossen, uns bei diesem Unternehmen durch Abnahme von Cigarren freundlichst unterstützen zu wollen, und sichern wir **reelle, prompte Bedienung** zu.

J. A.: **Louis Eckstein,**
Waldheim, 2. August. Niedermarkt 8.

Für Wilkau.

Die von unsern Gegnern neben vielem Anderm ausgesprengte Nachricht, daß die Polizei uns bei Strafe untersagt hätte, in unserm alten Vereinslokale weiter zu tagen und unserm Lokalwirth, Parteigenosse Dittrich, bei 20 Thlr. Strafe verboten hätte, sein Lokal für unsere Versammlungen herzugeben, ist natürlich **rein erfunden.**

Leipzig: Verantw. Redakteur A. Hepner (Redaktion: Petersteinweg 13.
Druck u. Verlag: F. Thiele. (Expedition: Petersstr. 18.)